

Daniela Hunold · Eva Brauer ·
Tamara Dangelmaier *Hrsg.*

Stadt. Raum. Institution

 Springer VS

Stadt. Raum. Institution

Daniela Hunold · Eva Brauer ·
Tamara Dangelmaier
(Hrsg.)

Stadt. Raum. Institution

 Springer VS

Hrsg.

Daniela Hunold
HWR Berlin
Berlin, Deutschland

Eva Brauer
HAN University of Applied Sciences
Nijmegen, Niederlande

Tamara Dangelmaier
HWR Berlin
Berlin, Deutschland

ISBN 978-3-658-41823-6 ISBN 978-3-658-41824-3 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-41824-3>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2023

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Planung/Lektorat: Cori Antonia Mackrodt

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Einleitung

Seit Ende des 20. Jahrhunderts finden in den deutschen Städten zunehmende räumliche Segregations- und damit verbundene Auf- und Abwertungsprozesse statt. Hiermit angesprochen sind unter anderem die Schaffung innenstädtischer Konsumzonen verbunden mit „Aufwertungspraktiken“, welche beispielsweise öffentliche Räume wie Bahnhöfe, Plätze und Parkanlagen etc. „lebenswerter“ gestalten sollen, aber gleichzeitig kapitalschwache Personengruppen und sozial Marginalisierte wie Obdachlose von diesen Orten verdrängen. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Relevanz des Räumlichen zur Regulierung und schließlich Regierung des Sozialen sind unterschiedliche Strukturierungs- und Zugriffsmöglichkeiten institutioneller Raumproduktion auf die Ressource ‚Stadt‘ anzunehmen. Ziel des Bandes ist es, diese Strukturierungs- und Zugriffsmöglichkeiten auf die Ressource Stadt in einer größtmöglichen Bandbreite und Tiefe darzustellen, um die damit verbundenen gesellschaftlichen Machtstrukturen in ihrer Komplexität aufzuzeigen.

An der Strukturierung der Stadt nach neoliberalen und auf Standortvorteile abzielenden Marktmechanismen sind viele verschiedene Akteur:innen, Behörden, Institutionen und „beschwerdemächtige“ Interessengruppen beteiligt. Auf der Grundlage von Theorien zu sozialen bzw. relationalen Räumen soll in den Beiträgen des Sammelbandes nach den räumlichen Praxen, den Wissensbeständen und Diskursen über Räume und damit nach den Konstitutionen von Raum gefragt werden, die in der Stadt wirksam werden und städtische Inklusions- sowie Exklusionsmechanismen produzieren. Der städtische Raum soll somit als Voraussetzung und Folge sozialer Praktiken betrachtet werden. Hierbei sind die jeweiligen städtischen Akteur:innen in den Fokus zu nehmen, die an der (Re)produktion des Raumes ‚Stadt‘ beteiligt sind. So interessieren etwa die sozialen Praktiken kommunaler, sicherheitsproduzierender sowie „helfender“

Institutionen und Organisationen wie die Polizei, das Ordnungsamt, Akteur:innen der Sozialen Arbeit, politische Akteur:innen und Bürger:inneninitiativen, die mit einer Produktion von Sicherheit und Sauberkeit assoziierten sozialen Ordnung verbunden sind.

Die Beiträge in diesem Sammelband sind Ergebnis der Abschlusstagung „Die institutionelle Raumproduktion des Städtischen“ des von der DFG geförderten Projektes „Die Konstruktion von Räumen im Kontext von Sicherheit – Raumwissen bei der Polizei (KORSIT)“. Sie beleuchten verschiedene Aspekte sozialer Produktionsprozesse von Stadt unter Einbindung von Theorie und Empirie. Das Buch gliedert sich hierbei in drei Abschnitte. Der erste Abschnitt Sicherheit und Raum beschäftigt sich in erster Linie mit der vermeintlichen Konstruktion von Sicherheit und Unsicherheit durch Polizei und andere Akteur:innen und den damit verbundenen sozialen Prozessen spezifischer Produktionen von Raum. Im zweiten Abschnitt werden räumliche Inklusions- und Exklusionspraktiken sowie Aus-handlungen sozial-räumlicher Positionierungen thematisiert. Der dritte Abschnitt konzentriert sich auf Prozesse der Transformation des Urbanen am Beispiel von Kontrollzentralen und Städteplanungen.

Einen theoretischen Einführungsbeitrag des Sammelbandes liefert *Bernd Belina* zur Zentralität des Raumes. In diesem führt er in Anlehnung an Lefebvre die Zentralität als fünfte Raumform neben Territorium, *Place*, *Scale* und Netzwerk ein, in der andere Raumformen zusammenkommen und somit als Möglichkeitsraum für alle funktioniert. Anhand des Beispiels „Bodenspekulation“ zeichnet er nach der neoliberal gesteuerte Wohnungsmarkt Zentralität als Ausdruck von Urbanität verhindert und Segregationsprozesse fördert, die eher durch Ausschlüsse als durch Möglichkeiten und Begegnungen charakterisiert sind. Damit einher geht die Kriminalisierung von Menschengruppen, die Aufwertungsprozesse in der Stadt stören und dementsprechend im Fokus polizeilicher Kontrollpraktiken stehen. Der Beitrag führt uns vor Augen, dass Bedingungen der Raumproduktion des Städtischen immer mit Gesellschaftsanalyse verbunden sein muss. Belina spricht damit eine Analyseperspektive an, die sich in den Beiträgen des Bandes auf verschiedene Weisen widerspiegelt.

Der erste Beitrag im Abschnitt Sicherheit und Raum beschäftigt sich mit der Konstruktion von Raum durch die Polizei und die damit verbundenen Handlungspraktiken in der Stadt, die bestimmte soziale Gruppen selektiv treffen und somit Ausschlüsse produzieren, anstatt Differenz zu ermöglichen. Die *Herausgeberinnen dieses Bandes* zeigen in diesem Zusammenhang auf, dass vor allem Narrative und spezifische Räume der Wissenskommunikation zu einem institutionalisierten Raumwissen führt, das unter anderem Tatverdächtigenkonstruktionen

im Rahmen proaktiver Polizeiarbeit leitet, wodurch Ausschlüsse aus der Stadtgesellschaft folgen. *Roman Thurn* zeigt in seinem Beitrag auf, wie der territoriale Grenzraum als notwendiges Ko-Produkt der durch die Polizei konstruierten grenzüberschreitenden Kriminalität funktioniert. Somit wird ersichtlich, dass mit der Verknüpfung von abstraktem und physischem Raum spezifische und diskriminierende Verdachtskonstruktionen wirksam werden. *Nora Keller* nimmt in ihrem Beitrag zum Kottbusser Tor die Perspektive der Bewohner:innen vor Ort ein und fragt nach den raumspezifischen Wahrnehmungen von Sicher- und Unsicherheit. So kann sie nachzeichnen, dass das raumbezogene Handeln nicht den Bedürfnissen der Anwohner:innen entsprechen, sondern diese sich eher durch die Polizei stigmatisiert fühlen und alternative, auf Gemeinschaftlichkeit basierende Handlungsstrategien entwickeln. Dies wirft Forderungen der *Defund the Police*-Debatte auf. Mit dem implizierten Wissen und den konjunktiven Erfahrungsräumen von Ordnungsdiensten beschäftigt sich der Beitrag von *Ina Hennen*. Sie zeigt auf, wie sehr ordnungsdienstliche Praktiken und damit verbundene Raumkonstruktionen von verschiedenen Akteur:innen in der Stadt wie etwa der Polizei geprägt wird und wiederum Einfluss auf Personen in spezifischen städtischen Raumausschnitten haben. *Daniela Klimke* beschreibt basierend auf dem Ansatz der Sicherheitsmentalitäten rurale Schutzmaßnahmen und kontrastiert diese mit urbanen Sicherheitsstrategien und zeigt damit auf, dass hier grundlegende Unterschiede bestehen. Der Beitrag verdeutlicht, dass der ländliche Raum in der entsprechenden Forschung bisher weitgehend vernachlässigt wurde. Der letzte Beitrag dieses Abschnitts von *Tim Lukas* und *Jan Üblacker* zieht das theoretische Konzept des *place habitus* heran, um die lokale Kontrollkultur in Düsseldorf zu untersuchen. Es zeigt sich, dass diese stark von spezifischen Interessengruppen geleitet ist und den öffentlichen Raum, respektive ein als Unsicherheitsort markierter Raum wie das Bahnhofsviertel, von Wandlungsprozessen betroffen sind, die sich aus der lokalen Kontrollkultur heraus ergeben.

Der zweite Abschnitt des Bandes wird eingeleitet von einem Beitrag von *Peter Bescherer*. Er diskutiert instituierende Konflikte im Feld der urbanen Sicherheit und der großstädtischen Wohnraumversorgung. Es werden strukturelle Transformationen nachgezeichnet, die politisch-subjektivierende Effekte haben. Es zeigt sich, dass weder das Thema Sicherheit ausschließlich autoritären und ausgrenzenden politischen Deutungen vorbehalten noch das Thema Wohnen ausschließlich gemeinwohlorientierten und sozial-inkluisiven Deutungen offensteht. Der Beitrag von *Luise Klaus* und *Maïke O'Reilly* nimmt die Perspektive von Drogenkonsumierenden in den Blick und untersucht, wie institutionelle Raumproduktionen des Städtischen auf ihre räumlichen Aneignungsprozesse wirken. Es wird gezeigt, wie sich soziale Praxen von Institutionen wie Polizei und sozialer Arbeit in die

Alltagsräume der Betroffenen einschreiben. *Lorenz Gottwalles*, *Annika Stremmer* und *Manuel Wagner* nehmen ebenfalls Drogenkonsumierende als eine von den Ausschlüssen der neoliberalen Stadt betroffenen Gruppe in den Blick. Hier steht eine Gruppe von Konsument:innen an einem als Unsicherheitsort, der umgestaltet werden soll, im Fokus. Es kann nachgezeichnet werden, dass der hegemonial produzierte „Problemort“ für die Betroffenen einen Ort der Vergemeinschaftung, des Teilens und der Bewältigung darstellt. Als Strange Encounters betrachtet *Svenja Keitzel* wiederkehrende Begegnungen von Polizei, Jugendlichen und Sozialarbeitenden in Jugendclub in marginalisierten Stadtteilen. Sie argumentiert, dass die Geographien der Begegnung nur im Kontext verräumlichter Sicherheitsstrategien zu verstehen sind, durch die ein Zugriff auf bestimmte Teile der Bevölkerung legitimiert und soziale sowie staatliche Kontrolle ausgeübt wird. *Magdalena Otto* wirft einen Blick auf Beteiligungsstrategien in der Quartiersentwicklung. Mittels einer dispositivanalytischen Perspektive kann sie nachzeichnen, wie der Beteiligungsimperativ in der Quartiersentwicklung neoliberale Strukturen von Städten reproduziert und ungleiche Handlungsspielräume zivilgesellschaftlicher Akteur*innen. Welche Ursachen zu Wohnungsleerstand in Regionen mit ausgeprägtem Wohnraumangel führen, untersuchen *Ulrike Fettke*, *Mona Bergmann* und *Elisabeth Wacker*. Hierzu ziehen sie ein Forschungsdesign der participatory action heran, um differenziert Motivlagen unterschiedlicher Akteu:innen, die Wohnraum leer stehen lassen, zu identifizieren. Maßgebliche Gründe sind mangelnde Informationen über Verkauf, Vermietung und Umbau.

Im letzten Abschnitt des Sammelbandes beschäftigt sich der erste Beitrag von *Joshua Schröder* mit dem globalen Trend der Konsolidierung von Kontrollzentralen im Zusammenhang mit der Smartifizierung von Städten und Sicherheitspolitiken, die auf Resilienz im Kontext von Krisen zielen. Hierzu gibt er einen Einblick, wie Konsolidierung in den Zentralen als Raum konkret gestaltet werden und wie diese legitimiert wird. *Vivien Sommer* und *Michael Wetzel* diskutieren Konflikte, die sich durch die Gleichzeitigkeit von Aufwertungs- und Abwertungsstrategien im Rahmen grenzüberschreitender Planungen ergeben können. Als Grundlage dient eine diskursanalytische Perspektive, mittels derer Wissensordnungen und Materialisierungen von Raumwissen in Planungsprojekten identifiziert werden. Schließlich widmen sich *Helene Heldt* und *Henning de Vries* der Frage, inwiefern die in Potsdam verschiedenen Armeen in historischer Perspektive die Stadt beeinflusst haben. Hierbei ist die Frage zentral, auf welche Weise das Militär Ein- und Ausschlüsse der Zivilbevölkerung produziert hat. Hierbei wird ein prozessuales Verständnis von Inklusion und Exklusion zugrunde gelegt.

Der Sammelband vereint interdisziplinäre Perspektiven auf die institutionelle Produktion von Stadt, davon ausgehend, dass Räume sozial hergestellt werden. Er soll somit einen Einblick in die verschiedenen Felder der Aushandlung von raumbezogenen Machtverhältnissen und Wirkungen auf die Stadtgesellschaft geben.

Daniela Hunold

Inhaltsverzeichnis

Zentralität als Raumform	1
Bernd Belina	
Sicherheit und Raum	
Die Konstruktion von Räumen im Kontext von Sicherheit – Raumwissen bei der Polizei	17
Eva Brauer, Tamara Dangelmaier und Daniela Hunold	
Verdächtiger Raum	39
Roman Thurn	
Die Polizei und Alternativen der Sicherheitsproduktion am „gefährlichen Ort“ Kottbusser Tor in Berlin-Kreuzberg	55
Nora Keller	
Raumordnungen kommunaler Ordnungsdienste	75
Ina Hennen	
Urbane und rurale Sicherheitsmentalitäten	91
Daniela Klimke	
Lokale Kontrollkulturen und Gentrification	103
Tim Lukas und Jan Üblacker	

Räumliche Inklusions- und Exklusionspraktiken

- Institutionelle und instituierende Raumproduktion des Städtischen – Urbane Konflikte um Sicherheit und Wohnen** 125
Peter Bescherer
- Institutionelle Exklusion: Akzeptierende Drogenarbeit und Alltagsräume marginalisierter Drogenuser*innen** 139
Luise Klaus und Maike O'Reilly
- Gegenhegemoniale Praktiken der Vergemeinschaftung. Der kollektive Umgang marginalisierter Personen mit institutioneller Disziplinierung, Exklusion und Verdrängung am Bremer Platz in Münster** 153
Lorenz Gottwalles, Annika Stremmer und Manuel Wagner
- Geographien der Begegnung im Jugendclub: Perspektiven der Jugendsozialarbeit auf die Polizei** 173
Svenja Keitzel
- Aktive Bürger*innen!? Responsibilisierung und unbeabsichtigte Folgen von Beteiligung in der Berliner Quartiersentwicklung** 191
Magdalena Otto
- Leerstand im Speckgürtel?! – In Allianzen Inklusivität und Individualität bei der Wohnraumnutzung gestalten** 207
Ulrike Fettke, Mona Bergmann und Elisabeth Wacker
- Transformation des Urbanen**
- Die Refiguration infrastruktureller Kontrollzentralen** 227
David Joshua Schröder
- Die Refiguration von (städtischen) Grenzbereichen. Zur diskursiven Konstruktion eines trinationalen Raums am Beispiel des IBA-Projektes 3Land** 245
Vivien Sommer und Michael Wetzels
- Die institutionelle Raumproduktion in der Garnisonstadt Potsdam** 263
Helene Heldt und Henning de Vries

Autorenverzeichnis

Bernd Belina ist Professor für Humangeographie am Institut für Humangeographie der Goethe-Universität Frankfurt. Er ist Mitherausgeber der „Geographischen Zeitschrift“ und der Buchreihe „Raumproduktionen“ sowie im Herausgebendenkreis des „Kriminologischen Journals“. In seiner Forschung befasst es sich u. a. mit städtischen Kriminalisierungsprozessen, (Kritik) der Kriminalitätskartierung und *Racial Profiling*.

Peter Bescherer, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Privatdozent am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Z. Zt. leitet und bearbeitet er ein BMBF-Forschungsprojekt zur Inanspruchnahme und Generierung von Solidarität in Arbeits- und Wohnkonflikten. Forschungs- und Interessenschwerpunkte von Peter Bescherer liegen in den Bereichen kritische Gesellschaftstheorie, Stadtforschung, soziale Bewegungen und aktivistische Forschung. Letzte Buchveröffentlichung: *Urbane Konflikte und die Krise der Demokratie. Stadtentwicklung, Rechtsruck und soziale Bewegungen*, Münster 2021 (gemeinsam mit A. Burkhardt, R. Feustel, G. Mackenroth und L. Sievi).

Mona Bergmann Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt „WohL-Wohnungsleerstand wandeln“ der Diversitätssoziologie, Technischen Universität München., Master of Arts in Empirischer Kulturwissenschaft/Europäischer Ethnologie an der LMU München, Lehr- und Forschungsschwerpunkte qualitative Stadt- und Regionalsoziologie, Wohnkulturforschung sowie kritische Migrationsforschung.

Eva Brauer ist Sozialarbeiterin (B.A.) und Geschlechterwissenschaftlerin (M.A.). Sie promoviert zurzeit am Promotionszentrum Soziale Arbeit der Hochschule Fulda zum Thema städtische Raumkonstruktionen von Polizei und Sozialer

Arbeit. Davor war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der DHPol beschäftigt und arbeitete im Projekt KORSIT ethnografisch zu Polizei und Raum. In ihrer Forschung befasst sie sich mit den Herstellungsprozessen von Macht- und sozialen Ungleichheitsverhältnissen.

Tamara Dangelmaier hat Soziologie und Kriminologie in Tübingen und Frankfurt am Main studiert. Im Anschluss arbeitete sie an der DHPol in Münster im ethnografischen Forschungsprojekt KORSIT, das als Grundlage ihres Promotionsvorhaben dient. Seit 2022 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und promoviert an der Goethe-Universität. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der empirische Polizei- und Sicherheitsforschung.

Ulrike Fettke Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt „WohL-Wohnungsleerstand wandeln“ der Diversitätssoziologie, Technischen Universität München. Promoviert zu Konflikten um Erneuerbare-Energien-Anlagen an der Universität Stuttgart. Forschungsfokus Wohn- und Stadtforschung, qualitativen Sozialforschung sowie sozial-ökologische Transformation.

Lorenz Gottwalles studierte Humangeografie in Mainz und Münster und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geografie der Universität Bremen. Studien- und Feldaufenthalte führten ihn nach Budapest, Fès, Amsterdam und Utrecht. In seiner Promotion beschäftigt sich Lorenz Gottwalles mit Lesarten gesellschaftlicher Differenz in Bezug auf Stadtplanung(spolitik)en sowie den urbanen Alltag. Forschungsschwerpunkte: Poststrukturalistische Sozialgeografie, Kritische Stadtgeografie, Ethnografie und Diskursanalytik.

Helene Heldt, M.A. ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Militärhistorikerin am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) im Forschungsbereich Deutsche Militärgeschichte bis 1945. Hier forscht sie im Schwerpunkt zu Potsdam als Garnisonstadt und untersucht dabei das Verhältnis von Militär, Stadt und Gesellschaft.

Ina Hennen ist Kriminologin und als Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Stiftungsprofessur für Kriminalprävention und Risikomanagement an zahlreichen Drittmittelprojekten zu Sicherheit im öffentlichen Raum beteiligt. Im Rahmen ihrer Promotion beschäftigt sie sich mit den Handlungslogiken kommunaler Ordnungsdienste.

Prof. Dr. Daniela Hunold ist Professorin für Soziologie mit Schwerpunkt Empirische Polizeiforschung an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Ihre

Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Polizei in der Einwanderungsgesellschaft, Konstruktion von Raum durch Institutionen sozialer Kontrolle sowie Kriminologie. An der DHPol leitete sie das ethnografische Forschungsprojekt KORSIT, das sich mit der Konstruktion von Sicherheit im Kontext von Räumen beschäftigte.

Svenja Keitzel promoviert zu alltäglichen Polizeipraxen und Racial Profiling am Institut für Humangeographie an der Goethe-Universität Frankfurt. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im DFG-Forschungsprojekt „Polizei, Politik, Polis – Zum Umgang mit Geflüchteten in der Stadt“ an der Universität Heidelberg. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich Stadt- und Raumforschung, Kritische Kriminologie sowie feministische und antirassistische Analysen der Polizei.

Nora Keller hat Jura studiert, zur kriminologischen Situation am Kottbusser Tor in Berlin Kreuzberg promoviert und interessiert sich auch sonst für die Themen Polizei und communitybasierte Sicherheitsstrategien.

Luise Klaus ist Humangeographin. In ihrem Promotionsprojekt beschäftigt sie sich mit offenen Drogenszenen, deren Perspektiven auf den städtischen Raum und Erfahrungen mit der Polizei. Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich der kritischen Kriminologie und feministischen Kartierungsansätzen.

Dr. Daniela Klimke, Prof. an der Polizeiakademie arbeitet in den Feldern der Kritischen Kriminal- und Sexualsoziologie.

Dr. Tim Lukas ist Soziologe und Akademischer Rat im Fachgebiet Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit an der Bergischen Universität Wuppertal. Dort leitet er die Forschungsgruppe Räumliche Kontexte von Risiko und Sicherheit. Sein Forschungsinteresse gilt Fragen der Sicherheitswahrnehmung und -gewährleistung im öffentlichen Raum.

Maike O'Reilly studierte Soziologie und Geschlechterforschung an der Universität Lyon und Montpellier. In ihrer Promotion beschäftigt sie sich mit der Frage, wie sich Nutzer*innen niedrigrschwelliger Einrichtungen professionelle Deutungsmuster aneignen.

Magdalena Otto promovierte zur Beteiligung von Bürger*innen in der Quartiersentwicklung. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen (Anti-)Diskriminierung, soziale Ungleichheit und Partizipation. Seit 2023 arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Menschenrechte.

David Joshua Schröder (Dr. phil.) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Technischen Universität Berlin. Sein Interessenschwerpunkt liegt in der Religions- und Wissenssoziologie, sowie in der Soziologie sozialer Probleme und sozialer Kontrolle.

Vivien Sommer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der TU Berlin und interessiert sich für das Zusammenspiel von Medien, Wissen, Raum und Erinnerung. Derzeit arbeitet Sie an ihrer Habilitationsschrift zum Thema Grenzen als sozialräumliche Dispositive.

Annika Stremmer hat Geographie (B.Sc.) und Humangeographie (M.Sc.) an der Universität Münster studiert und dort als studentische Hilfskraft gearbeitet. Ihre Forschungsschwerpunkte sind (Geopolitische) Raumkonstruktionen & Diskurse, sowie feministische und wachstumskritische Perspektiven auf Stadt und Planung. Sie konzipiert kritische Stadtrundgänge und ist aktuell in der Antidiskriminierungs- und Quartiersarbeit tätig.

Prof. Dr. Jan Üblacker ist Inhaber der Stiftungsprofessur für Quartiersentwicklung, insbesondere Wohnen im Quartier an der Fachhochschule der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (EBZ) in Bochum. Seine Forschung ist motiviert durch die Frage nach den sozialen und ökonomischen Ursachen des Wandels von Wohngebieten, deren Formen und Folgen für Bewohner:innen und Städte. Dies umfasst Themen wie Gentrifizierung, Soziologie des Wohnens und der Wohnungswirtschaft, Digitalisierung und IKT, soziale Integration und soziale Ungleichheit.

Dr. Henning de Vries ist Geschäftsführer des Internationalen Forschungs- und Dokumentationszentrums Kriegsverbrecherprozesse an der Philipps-Universität Marburg. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Soziologie des Völkerrechts – insbesondere Völkerstrafrecht und humanitäres Völkerrecht -, Weltgesellschaftsforschung und Konflikt-/Gewalt-/Militärsoziologie. Zuvor war er am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam und der Universität Bielefeld tätig.

Elisabeth Wacker Ordinaria (em.) Diversitätssoziologie Technische Universität München; nationale und internationale Forschung; Forschungsprofil Intersektionalität, Diversität, Soziale Ungleichheit, mixed-method, u. a. Max Planck Fellowship, Gastprofessuren Universitäten Wien (A) und Taiwan; Hochschulpolitik, Politikberatung regional, Landes- und Bundesebene; Qualifikation Eberhard-Karls-Universität Tübingen, Lehrstuhl Technische Universität Dortmund und Technische Universität München.

Manuel Wagner ist kritischer Humangeograph. Er forscht vor allem im Themenfeld der politischen Ökologie zu fürsorglichen Mensch-Boden Beziehungen, mehr-als-menschlicher Care und Commons. Zurzeit arbeitet er in der urbanen, multifunktionellen Landwirtschaft Annalinde in Leipzig in einem Umweltbildungsprojekt und kümmert sich um die großen Komposthaufen.

Dr. Michael Wetzels ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Planungs- und Architektursoziologie der Technischen Universität Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf raum- und wissenssoziologischer Theoriebildung, der Weiterentwicklung qualitativer Forschungsmethoden (Ethnografie, Auswertungsmodelle audiovisueller Daten; Visualisierung und Verknüpfung unterschiedlicher Datentypen in MindMaps). In seinem bisherigen Tätigkeitsfeld, welches insbesondere (internationale) Großveranstaltungen fokussierte, lag sein Blick auf der Zusammensetzung sozialer Kollektive und den Logiken affektiver Dynamiken in spezifischen Raumausschnitten.



Zentralität als Raumform

Bernd Belina

Zusammenfassung

Im Anschluss an frühere Arbeiten zu den vier Raumformen Territorium, Place, Scale und Netzwerk und unter Bezug auf Henri Lefebvre wird Zentralität als fünfte Raumform vorgeschlagen und anhand der Beispiele Bodenfrage/Gentrifizierung und Racial Profiling illustriert.

Schlüsselwörter

Zentralität • Recht auf Stadt • Henri Lefebvre • Gentrifizierung • *Racial Profiling*

Städtische ebenso wie alle anderen Räume werden in Aushandlungen, Konflikten und Kämpfen in ihrer physischen Materialität ebenso wie in ihren Bedeutungen produziert. Gesellschaftliche Gruppen und Klassen(-fraktionen) bringen Geld und politische Macht in Anschlag, um sie entsprechend ihrer Interessen zu gestalten. Im Kapitalismus sind Strategien der „Urbanisierung des Kapitals“¹ (Harvey 2012, S. 66; vgl. Belina 2021), also der Investition von Kapital in gebaute Umwelt, wesentlich für die Gestalt des physisch-materiellen Raums. Sie werden begleitet, vorbereitet und ermöglicht durch Strategien politischer Regulierung, die sich u. a. in räumlicher Planung niederschlagen, sowie durch Strategien der Ideologieproduktion, mittels derer verschiedene Interessen um Hegemonie bezüglich sinnvoller, unterstützenswerter sowie möglicher physischer Raumproduktionen

¹ Alle Übersetzungen wörtlicher Zitate durch B.B.

B. Belina (✉)

Goethe-Universität Frankfurt, Frankfurt am Main, Deutschland

E-Mail: belina@em.uni-frankfurt.de

ringen und wobei sie allerlei Raumideologien in die Welt setzen. Bei allen Strategien spielen etablierte Institutionen als Akteure, Orte und Gegenstände eine zentrale Rolle. Weil sie, einem erweiterten Verständnis von Staat folgend (Hirsch 2005; vgl. Belina 2013a), Teile der Staatsapparate sind, haben sich in diese Institutionen gesellschaftliche Interessen je nach Stand der Kräfteverhältnisse selektiv eingeschrieben, wobei im kapitalistischen Staat die Interessen des Kapitals notwendig stark, ja hegemonial vertreten sind.

1 Raumformen

Im Anschluss an das TPSN-Schema von Jessop et al. (2008; vgl. Jessop 2016) und unter Bezug auf die marxistische Tradition der Formanalyse (vgl. Belina 2019, 2020) habe ich an anderer Stelle vorgeschlagen, Territorium, *Place*, *Scale* und Netzwerk als Raumformen zu begreifen, als je spezifische Art und Weise Raum zu produzieren, um soziale Praxen und Prozesse zu organisieren (Belina 2013b):

„Die Raumformen sind einerseits Abstraktionen aus der beobachtbaren räumlichen Praxis. Sie sind unterschiedliche Weisen, in denen Raum in konkreten Praxen und Prozessen relevant wird. In dieser Hinsicht handelt es sich bei den Raumformen um rein *geistige* Abstraktionen, die zur Systematisierungen räumlicher Praxis taugen. Andererseits haben die Raumformen je eigene Logiken und können Unterschiedliches leisten, was sie für bestimmte soziale Praxen als Mittel und Strategie interessant macht – und für andere uninteressant. In dieser Hinsicht handelt es sich bei den Raumformen um praktisch wahr gemachte Abstraktionen. [...] Konkrete Territorien, *Scales*, *Places* und Netzwerke gibt es, sie sind Resultate von Strategien der Territorialisierung, des *Place-Making*, des *Scaling* und des *Networking*. Als praktisch wahr gemachte Abstraktionen bilden sie die Voraussetzung und das Terrain sozialer und räumlicher Praxis, in denen und durch die sie reproduziert oder verändert werden.“ (Belina 2013b, S. 86, korr.; Herv. i. Orig.)

Die vier Raumformen gehen also mit je spezifischen Leistungen einher. Zu den spezifischen Leistungen der Raumform „Territorium“, d. h. des Umgrenzens eines Raums um über ihn und seinen Inhalt Macht auszuüben, gehört, dass auf diese Weise Dinge, Praktiken und Menschen einfach klassifiziert werden können und über sie indirekt Macht ausgeübt werden kann. Zudem sind Territorien sehr einfach zu kommunizieren (vgl. ebd., S. 88–98). Die im Alltag bedeutsamsten Territorien sind Grundstücke und Staatsgebiete. Ihre Grenzen strukturieren Myriaden von Praktiken und die soziale Praxis als Ganzes. Meist reicht es dafür, dass die Territorien klar als solche erkennbar sind. Nur mitunter müssen

Grundstücks- und Staatsgrenzen aktiv durch Grundeigentümer*innen, Gerichte oder staatliche Gewaltapparate durchgesetzt werden, wobei sich die gesellschaftlichen Machtverhältnisse zeigen, in dieser räumlichen Form ins Werk gesetzt werden.

Nicht nur Territorien, aber insbesondere diese, können mittels Territorialisierung auf unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen (*Scales*) produziert werden (vgl. ebd., S. 98–107). Die resultierende skalare Organisation der Gesellschaft bildet das Terrain sozialer Praxis, auf die Akteure strategisch Einfluss nehmen, um ihre Interessen durchsetzen zu können. Dazu wählen sie die *Scale* mit den für sie günstigsten Kräfteverhältnissen und/oder versuchen, die skalare Organisation insgesamt zu verändern. So wurde die EU zur *Scale* der europäischen Neoliberalisierung, ringen Kapital und Gewerkschaften darum, ob Löhne national, in Tarifbezirken, auf Betriebsebene oder individuell ausgehandelt werden, und findet Mieter*innen-Organisation vor allem auf Haus-, Nachbarschafts- und Stadtebene statt, während das Immobilienkapital sich in Parlamenten und Regierungen auf Bundes- und Landesebene machtvoll eingeschrieben hat. Als Resultat skalarer Strategien materialisieren sich in *Scales* und skalaren Arrangements Kompromisse, weshalb sie als „räumliche Lösung sich widerstrebender Kräfte“ gedacht werden; insbesondere zwischen den widerstrebenden Kräften von Konkurrenz und Kooperation“ (Smith 1995, S. 61).

Klar abgegrenzte Territorien auf verschiedenen *Scales* werden häufig durch räumliche Netzwerke produziert (Painter 2010), oft aber auch von solchen durchkreuzt (Harvey 2005 [2003]). In Netzwerken organisierte Ströme von Informationen, Geld, Waren und Menschen verbinden zum einen Orte, Unternehmen und Individuen, zum anderen erlauben sie es, diese zu hierarchisieren sowie Ein- und Ausschlüsse zu organisieren (vgl. Belina 2013b, S. 121–131).

Konkrete Orte (*Places*) schließlich werden in sozialer Praxis insbesondere dann relevant, wenn ihnen eine von vielen Menschen geteilte Bedeutung zugeschrieben wird, mittels derer etwa Gemeinschaft hergestellt, regiert, mobilisiert oder etwas vermarktet werden kann (vgl. ebd., S. 107–120). Solche *Places* finden sich auf allen räumlichen Maßstabsebenen, sie können Territorien (Nationalstaaten, Städte oder Plätze) sein oder an Knoten von Netzwerken entstehen. Als mittels Grenze definierte Territorien sind sie notwendig exkludierend und konstituieren tendenziell ein „reaktionäres“ Ortsbewusstsein (*Sense of Place*); offen und potenziell „progressiv“ sind *Places*, wenn sie als Resultat sozialer Verbindungen mit vielen Identitäten verstanden werden (Massey 1991).

Allen vier Raumformen ist gemeinsam, dass sie soziale Praxen und Prozesse vereinfachen, regierbarer machen und dabei von den komplexen, umkämpften und mitunter antagonistischen sozialen Verhältnissen, denen sie entstammen und

die sie organisieren, absehen. Auch wenn sie hegemonial vor allem im Dienste von Kapital und Staat zum Tragen kommen, können sie auch zu progressiven und emanzipatorischen Zwecken strategisch eingesetzt werden. Was Territorien infolge von Territorialisierungsstrategien mittels Grenzen trennen, kann an *Places* auf allen *Scales* zusammenkommen, wenn diese, so die im Folgenden zu entwickelnde These, durch Zentralität gekennzeichnet sind. Auch wenn der Begriff hier im Anschluss an die Arbeiten von Henri Lefebvre (1970, 1974 [1968]) zum Recht auf Stadt und zum Urbanen entwickelt wird, verweist er auch bei anderen Autor:innen, die ihn an zentraler Stelle nutzen (etwa Christaller 1933; Wallerstein 1989 [1983]; Sassen 2001), darauf, dass an Zentren Dinge und Menschen zusammenkommen. Im Anschluss an eigene frühere Arbeiten liegt der Bezug auf Lefebvre aus drei Gründen nahe. Erstens entwickelt er den Begriff in Zusammenhang mit einer „kritisch-materialistischen Raumtheorie“ (vgl. Belina und Michel 2007) und zweitens unter deutlicher Bezugnahme auf die Tradition der Formanalyse als „*Form der Simultaneität*, Feld der Begegnungen und des Austauschs“² (Lefebvre 1974 [1968], S. 66; Herv. i. Orig.; vgl. Lefebvre 1970, S. 53). Drittens nutzt Lefebvre den Begriff, anders als die zuvor genannten Autor:innen, nicht nur um die bestehende „exorbitante Zentralität“ (Lefebvre 1974 [1968], S. 124) großer Städte wie „New York und Paris“ (ebd.) zu charakterisieren, wo das kapitalistische „Entscheidungszentrum und das Konsumzentrum sich vereinen“ (ebd.), sondern zusätzlich um auf „das Mögliche“ (Lefebvre 1970, S. 27; Herv. i. Orig.) jenseits des Gegebenen zu verweisen. Hierfür steht das „Recht auf Stadt“.

2 Zentralität und das Recht auf Stadt

Die Formulierung „Recht auf Stadt“ ist verwirrend: weder handelt es sich bei ihm um ein formales Recht³, noch bezieht es sich auf die Siedlungsform Stadt. Vielmehr geht es Lefebvre um den Zugang zum Urbanen, das er als eine potenziell progressive und emanzipatorische soziale Form begreift, die durch die Raumform der Zentralität ermöglicht wird. Auf Basis dieser Raumform ist das Urbane „reine Form, der Punkt der Begegnung, der Ort der Ansammlung, die *Gleichzeitigkeit*“ (ebd., S. 159; Herv. i. Orig.). Diese Form kann alle denkbaren Inhalte zueinander bringen:

² Die Übersetzungen von Lefebvres Texten ins Deutsche sind häufig ungenau, weshalb hier und im Folgenden direkt aus den Originalen zitiert wird.

³ Die Formulierung „Recht auf Stadt“ bleibt bei Lefebvre „eine Black-Box“ (Attoh 2011, S. 678).

„Das urbane Zentrum [...] [ist] Voraussetzung und Anlass für eine Konzentration von allem, was es auf der Welt, in der Natur, im Kosmos gibt: Früchte des Feldes, Erzeugnisse der Industrie, Werke des Menschen, Objekte und Instrumente, Handlungen und Situationen, Zeichen und Symbole.“ (ebd., S. 56; Herv. i. Orig.)

Die Raumform der Zentralität ermöglicht, wenn und insofern hier Differenzen aufeinandertreffen, einen spezifischen Inhalt: Widerspruch, Politik, Revolte. So verbindet das Urbane „die *Logik der Form* auf der einen Seite mit der *Dialektik der Inhalte* (den Differenzen und den Widersprüchen des Inhalts) auf der anderen“ (ebd., S. 160; Herv. i. Orig.). Zentralität war seit jeher wesentlich für städtische Siedlungen, erreichte im 19. Jahrhundert in Paris einen Höhepunkt und verfiel in der Folge (Lefebvre 1974 [1968], S. 24 ff.) durch Industrialisierung, Bodenspekulation und Stadtplanung im Dienste von „*Klassenstrategien*“ (ebd., S. 25; Herv. i. Orig.) der Bourgeoisie, die die Klassen und Gruppen in die Wohnblocks der Industrie- und Vorstädte und in die Eigenheimgebiete segregierte. Segregation ist überhaupt das Gegenteil des Urbanen, die räumliche Trennung, zu der Engels (1976 [1845], S. 280) schrieb:

„[I]ch habe [...] eine so systematische Absperrung der Arbeiterklasse von den Hauptstraßen, eine so zartfühlende Verhüllung alles dessen, was das Auge und die Nerven der Bourgeoisie beleidigen könnte, nirgends gefunden als in Manchester.“

Sowohl die Pariser Kommune 1871 als auch der Pariser Mai 1968 gelten Lefebvre (1974 [1968], S. 24) als Momente, in denen die subalternen Klassen sich von den abgetrennten Stadtteilen an der Peripherie ins Zentrum begeben und das Urbane aufblitzen lassen. Die Möglichkeit des Urbanen besteht nicht nur in Städten und ihren Zentren: „Jeder Punkt *kann* zum Brennpunkt werden, zur Konvergenz, zum privilegierten Ort.“ (Lefebvre 1970, S. 56; Herv. i. Orig.) Lefebvre nennt etwa, im Anschluss an seine Arbeiten zur Agrarsoziologie (1949, 1956) und zum Alltagsleben (1977 [1947], 1980 [1961]), das Dorffest (Lefebvre 1974 [1968], S. 111) und hofft für die Zukunft auf „bewegliche Zentralitäten“ (ebd., S. 117).

Diese Bestimmungen des Urbanen und der Zentralität resultieren zum einen aus der Beobachtung der von Differenzen und ihrem Aufeinandertreffen gekennzeichneten städtischen Realitäten. Seit Beginn der Stadtforschung wird urbanes Leben mit dem Aufeinandertreffen von Fremden im öffentlichen Raum (Simmel 1995 [1903]) und mit Größe, Dichte und Heterogenität (Wirth 1938) charakterisiert. Für Lefebvre stiftet diese „*differentielle Realität*“ (Lefebvre 1970, S. 57; Herv. i. Orig.), die er im *La Production de l'Espace* (Lefebvre 1974) zu einer Theorie des differentiellen Raums (vgl. Belina 2013, S. 70) und das „Recht

auf Stadt“ zu einem „Recht auf Differenz“ (Lefebvre 1974, S. 456) ausweitet, zum anderen auch Hoffnung. Zum „Recht auf Stadt“ betont er nicht nur als Kritik der bestehenden Verhältnisse: „Gruppen, Klassen oder Individuen vom Urbanen auszuschließen heißt, sie auch aus der Kultur, wenn nicht gar aus der Gesellschaft auszuschließen.“ (Lefebvre 1974 [1968], S. 163) Wird das Urbane real, wird es darüber hinaus zum Ort des o.g. „Mögliche[n]“ (Lefebvre 1970, S. 27). Denn „[d]as urbane Leben bedingt Begegnungen, Konfrontation der Differenzen, reziprokes Kennen und Anerkennen (einschließlich solchem in ideologischen und politischen Zusammenstößen) von Lebensweisen [...], die in der Stadt nebeneinander koexistieren“ (Lefebvre 1974 [1968], S. 24). Daraus entstehe die Möglichkeit von Momenten, durch die das Politische und infolgedessen das Neue real werden können.

Solche „Momente“ bestimmt Lefebvre an anderer Stelle als jeden „*Versuch die totale Verwirklichung einer Möglichkeit anzustreben*“ (Lefebvre 1980 [1961], S. 348; Herv. i. Orig.). Sie entwickeln sich aus dem Alltagsleben heraus, werden real, wenn sie durch bewusste Entscheidungen aus der Potentialität in die Praxis überführt werden, und erlauben es, sich vom Alltagsleben zu distanzieren und es zu kritisieren (vgl. ebd., S. 350, S. 355). Eben solche Momente können im und durch das Urbane infolge von Zentralität entstehen:

„Das *Urbane* als Ort der Begegnung und der Konvergenz von Kommunikationen und Informationen, wird gleichzeitig zu dem, was es immer schon war: Ort der Begierde, permanentes Ungleichgewicht, Schauplatz der Auflösung von Normalitäten und Beschränkungen, Moment des Spielerischen und Unvorhersehbaren. Dieser Moment geht bis zur Implosion-Explosion der Gewalt, die unter den fürchterlichen Zwängen einer Rationalität verborgen ist, die sich selbst mit der Absurdität gleichsetzt. Aus dieser Situation erwächst der kritische Widerspruch: Tendenz zur Zerstörung der Stadt, Tendenz zur Intensivierung des Urbanen und der städtischen Problematik.“ (Lefebvre 1974 [1968], S. 86f.; Herv. i. Orig.)

Zentralitäten wohnt das Potenzial inne, die segregierte Stadt zu überwinden und das Urbane und damit Momente des Politischen hervorzubringen. Das Urbane strebt „die *Wiederaneignung* der Existenzbedingungen des menschlichen Wesens durch dieses selbst in der Zeit, im Raum und in den Objekten an“ (Lefebvre 1970, S. 236; Herv. i. Orig.). Doch ist dies zunächst nur Potenzial: „Das urbane Leben hat noch nicht begonnen“ (Lefebvre 1974 [1968], S. 111). Dazu bedarf es der „urbanen Revolution“ (Lefebvre 1970, Buchtitel), die daran anschließen kann, dass „[d]ie Form des Urbanen [...] nicht verschwinden kann“ (Lefebvre 1974 [1968], S. 86): Trotz aller Segregation lebt sie als Realität, als Erinnerung und als Wunsch, ja Begierde fort.

Die Hoffnungen, die Lefebvre in das Urbane setzt, haben Anklänge von Romantizismus, Idealismus und Utopismus. In ihnen zeigt sich Lefebvres lebenslange Suche nach dem Zugang zum unentfremdeten Konkreten, folgend seinem „höchste[n] methodische[n] Prinzip der Dialektik [...]: DIE WAHRHEIT IST IMMER KONKRET.“ (Lefebvre 1956, S. 36; Herv. i. Orig.) Dabei ist sein Leitmotiv der von Marx (1968 [1848], S. 510–522) in den *Ökonomisch-philosophischen Manuskripten* erwähnte „totale Mensch“ (vgl. Lefebvre 1956, 1968). Lefebvres zentrale „Aufmerksamkeit gilt [...] dem Problem des Menschen“ (Vranicki 1974 [1971], S. 891). So auch in Bezug auf das Urbane und die Zentralität auf Stadt: „Es versteht sich von selbst, dass die urbane Problematik [...] die allgemeinste Problematik formuliert, jene des ‚Menschen‘ oder ‚menschlichen Wesens‘.“ (Lefebvre 1968, S. 99) Weil „das menschliche Wesen [...] das ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“ (Marx 1969 [1848], S. 6) ist, muss der totale Mensch Resultat einer Totalität gesellschaftlicher Verhältnisse ohne künstliche Trennungen sein, die er durch seine eigene Praxis hervorbringt. Nachdem Lefebvre solche Totalitäten zunächst im Ruralen (Lefebvre 1949, 1956) und im Alltagsleben (Lefebvre 1977 [1947], 1980 [1961]) wählte, findet er sie ab Ende der 1960er Jahre und bestätigt durch den Mai 1968 im Urbanen (Lefebvre 1968, 1974 [1968], 1970), kurz darauf im Raum (Lefebvre 1974). Zu erreichen, ja konkret zu bestimmen ist das Urbane in der „urbanen Praxis“ (Lefebvre 1970, S. 177, 1968, S. 99), die gekennzeichnet ist durch „Zentralitäten“ und „Marginalitäten“, durch „urbanes Fest“ und „Stadtguerilla“, „Alltagsleben“ und „Transgressionen“, „das Anomische und das Normale, das Topische und das Utopische, das Spielerische und das Ernste, die Forderungen und Herausforderungen, die Gruppen, Klassen, Klassenstrategien usw. Kurz, die Aufgabe der Theorie, Elemente der Praxis herauszuarbeiten, Trennungen zu vermeiden und diese Elemente zu vereinigen, zeichnet sich als gewaltig ab.“ (Lefebvre 1968, S. 93) Es wäre, zumal aus marxistischer Perspektive, leicht, sich über diese Suche nach dem Konkreten in der Praxis lustig zu machen, wie es etwas Althusser (1968 [1965], S. 198) getan hat, der den marxistischen Humanist*innen vorwarf, nur „unaufhörlich [zu] wiederholen: konkret! konkret! wirklich! wirklich!“

Doch die Stärke von Lefebvres Position liegt darin, einen Ausweg aus dem eingefahrenen Gegensatz zwischen Revolution und Reform anzubieten (Lefebvre 1974 [1968], S. 81), der für die politische Linke der Nachkriegszeit charakteristisch war und bis heute ist. Wie andere Vertreter*innen eines „westlichen Marxismus“ (Anderson 1978 [1976]), der sich vom bald auf die Oktoberrevolution im „Osten“ folgenden Stalinismus distanziert (vgl. Lefebvre 1965 [1958]), neigt Lefebvre dem „marxistischen Humanismus“ (ebd., S. 41) der Marx'schen

Frühschriften, Philosophie, Ästhetik und Fragen des „Überbaus“ zu (vgl. kritisch Anderson 1978 [1976]). Denn:

„Die Menschen kämpfen und sterben nicht *für* Tonnen von Stahl. Auch nicht für Panzer und Atombomben. Sie trachten nach Glück, nicht danach, zu produzieren. [...] Mit anderen Worten, der Sozialismus (die neue Gesellschaft, das neue Leben) kann sich nur *konkret* auf der Ebene des Alltagslebens bestimmen, als ein Ensemble von Veränderungen dessen, was man das Gelebte nennen kann.“ (Lefebvre 1977 [1947], S. 57f.; Herv. i. Orig.)

Das Alltagsleben, das Urbane und der differentielle Raum sind dann unterschiedliche Zugriffe auf bzw. Begriffe für die tatsächliche Lebensrealität, in der Menschen unzufrieden sind und sich zu Bewegungen, Gewerkschaften und Parteien zusammenschließen, die diese Lebensrealität verbessern wollen. Empirisch entstehen viele dieser politischen Initiativen in Städten, wo Begegnungen stattfinden und Differenzen aufeinanderprallen, mithin im Urbanen. Auch radikale Bewegungen auf dem Land, die insbesondere im Globalen Süden so zentral sind (vgl. Moyo und Yero 2005), können als in Lefebvres Sinn „urban“ gekennzeichnet werden, weil auch sie aus Begegnung, Austausch und Simultaneität hervorgehen.

Auch wenn Lefebvre betont, dass nur „Gruppen, Klassen oder Klassenfraktionen, die der revolutionären Initiative fähig sind, die Lösungen der urbanen Probleme angehen und umsetzen [können]“ (Lefebvre 1974 [1968], S. 115), fordert er (uns) Wissenschaftler*innen dazu auf, mit diesen Kräften gemeinsam oder für sie ein „*politisches Programm zur urbanen Reform*“ und „*urbanistische Projekte* sehr weitreichender Art“ (ebd., S. 116 f.; Herv. i. Orig.) auszuarbeiten.

3 Recht auf Stadt in der Praxis: zwei Illustrationen

Lefebvre betont einerseits, dass bei der Produktion des Urbanen alle Themen und sozialen Verhältnisse relevant werden können. Andererseits hebt er zwei konkrete Themen hervor, wenn er schreibt:

„Von Fragen des Grundeigentums bis zum Problem der Segregation stellt jedes urbane Reformprojekt die Strukturen infrage, jene der bestehenden Gesellschaft, jene der unmittelbaren (individuellen) und täglichen Beziehungen, aber auch jene, die man dem, was von der urbanen Wirklichkeit bleibt, mittels Zwang und der Institutionen vorgeben will.“ (ebd., S. 116)

Zum Zweck der Illustration sei auf beide Themen, die zudem beide in diesem Sammelband vertreten sind, kurz eingegangen.

Die „Bodenfrage“ ist in Deutschland im Rahmen des „Mietenwahnsinns“ (Holm 2014a) und der entfesselten Gentrifizierungsprozesse seit 2010 infolge des politischen Umgangs mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 wieder auf der Agenda (Heinz und Belina 2019) – wie stets, wenn in ökonomischen Krisenzeiten der „sekundäre Kapitalkreislauf“ (Harvey 1982; vgl. für Deutschland: Belina 2018) des Immobiliensektors aufgrund fehlender Investitionsmöglichkeiten anderswo boomt und zu Spekulation und „Immobilienblasen“ (so die Bundesbank zur aktuellen Situation in vielen deutschen Großstädten, Zydra 2022) führt. Auch des Anti-Kapitalismus unverdächtige Akteure betonen (erneut), dass die ‚leistungslosen Gewinne‘ aus der Bodenspekulation schädlich, ungerecht und einzudämmen sind, indem Boden dem Markt entzogen und gemeinwirtschaftlich genutzt oder zumindest so besteuert wird, dass mehr (und bezahlbarer) Wohnraum entsteht (Difu und vhw 2017; Kuhnert & Leps 2017; Vogel 2019). Denn was ‚der Markt‘ baut sind Wohnungen des gehobenen und Luxusstandards in den Groß- und Universitätsstädten, die die höchsten (Spekulations-)Profite ermöglichen. Folge dessen sind Gentrifizierungsprozesse, in denen die unteren und mittleren Klassen an den Stadtrand (Mösgen und Schipper 2017) oder ins Umland der Großstädte verdrängt werden. Dieser durch Bodenspekulation angetriebene Segregationsschub, der die Klassen im Raum trennt, ist dem Urbanen abträglich, er verhindert Zentralität und Begegnungen. Um dem entgegenzuwirken, werden Dekommodifizierung, Demokratisierung und klare gesetzliche Vorgaben in Bezug auf die Bodennutzung gefordert, konkret etwa verbessertes kommunales Vorkaufsrecht, Baugebote und zusätzliche Besteuerung bei spekulativem Halten von Grundstücken und/oder Leerstand, Planungswertausgleich, Umwandlungsverbot, Förderung von Wohnungsbaugenossenschaften und anderen gemeinnützigen Rechtsformen, etwa durch Konzeptvergabe in (bezahlbarer) Erbpacht, kommunale Baulandstrategien mit festgelegten Vorgaben für Investor*innen (etwa bezahlbarem Wohnraum), politische Verpflichtung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften auf Bau und Betrieb von Sozialwohnungen sowie auch die Vergesellschaftung von Immobilienunternehmen. Ganz im Sinne Lefebvres werden diese und weitere Forderungen von sozialen Bewegungen und Wissenschaft teils gemeinsam und teils in Bezugnahme aufeinander entwickelt. Gefordert also werden Maßnahmen, die realistisch und mitunter sogar recht einfach umzusetzen sind, und zugleich in ihrer Gänze und in den weitreichendsten Fällen vermeintliche kapitalistische Grundpfeiler infrage stellen (so die Forderung nach Vergesellschaftung privaten Wohneigentums, das in Form von planungsbedingten Enteignungen allerdings ohnehin schon sehr häufig erfolgt). Wie auch von

Lefebvre (1974 [1968], S. 117) befürchtet, werden die Forderungen aufgrund der eingangs genannten, in die Staatsapparate und seine Institutionen eingeschriebenen Selektivität, regelmäßig ‚heruntergekocht‘ (Diesselhorst 2018; Schipper 2021).

Die Gentrifizierungsprozesse, die durch Bodenspekulation angetrieben werden, gehen regelmäßig mit der Kriminalisierung ‚störender‘ Menschen(-gruppen) in den aufzuwertenden Quartieren einher (Künkel 2013). Dort findet dann unter anderem verdachtsunabhängige polizeiliche Kontrolle – oft legitimiert durch zu diesem Zweck eingerichtete ‚Gefahrenorte‘ (vgl. Belina 2016; Keitzel 2020) – von Menschen statt, denen aufgrund ihrer sichtbaren Merkmale abgesprochen wird, vor Ort ‚richtig‘ zu sein. Insbesondere in solchen Gegenden werden im öffentlichen Raum Menschen drangsaliert, die arm und obdachlos sind, harte Drogen oder Alkohol in großen Mengen konsumieren („Trinker-“ und „Drogenszenen“), denen in antiziganistischer Weise ‚Armutsmigration‘ aus Südosteuropa unterstellt wird, die als Tagelöhner*innen ihre Arbeitskraft zu Märkten tragen, etwa als Sexarbeiter*innen, sowie (vor allem, aber nicht nur, als jung und männlich gelesene) „People of Color“. Ihnen wird das „Recht auf Stadt“ abgesprochen. Die Begegnung zwischen ihnen und den hegemonial als ‚normal‘ kategorisierten wird verhindert. Solche Kontrollen führen aufseiten der Betroffenen dazu, dass sie sich als nicht respektiert, als nicht zugehörig, als ausgeschlossen wahrnehmen. Zugleich nehmen sie viele Nicht-Betroffene als Beleg rassistischer und anderer Vorurteile wahr und nutzen sie sogar politisch. Auch in diesem Bereich waren und sind es soziale Bewegungen, die das Thema zentral skandalisieren (Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt 2016; Kollaborative Forschungsgruppe Racial Profiling 2019) und teils gemeinsam mit und teils parallel zu Wissenschaftler*innen (Belina 2016; Loick 2018; Laufenberg und Thompson 2021; Hunold und Singelstein 2022) politische Forderungen formulieren. Viele davon wären leicht umzusetzen und wurden es in anderen europäischen Staaten bereits (und mitunter auch zaghaft hierzulande, etwa in den neuen Polizeigesetzen von Berlin und Bremen): das Ausstellen von ‚Quittungen‘ bei Polizeikontrollen, Abschaffung der Regelungen zu ‚Gefahrenorten‘ im Polizeirecht, Studien sowohl zur Wahrnehmung des polizeilichen Rassismus seitens Betroffener als auch zum Rassismus in der Polizei, Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen (vor allem bei Demonstrationen), unabhängige Beschwerdestelle für von polizeilichem Fehlverhalten Betroffene, Förderung einer ‚Fehlerkultur‘ bei der Polizei oder Sozialpraktika für (angehende) Polizist:innen. Andere Vorschläge gehen weiter, insbesondere die von „Defund the Police“-Initiativen aufgebrachte Forderung, die Zuständigkeit der Polizei auf einen Kernbereich des Gewaltmonopols zu beschränken und für ihre sonstigen heutigen Aufgaben Soziale Arbeit, Drogenhilfe, Schulen,

Ordnungsämter etc. zuständig zu erklären und (auf Kosten der Polizei) besser auszustatten, aber auch jene nach Alternativen zum staatlichen Strafen (vgl. Bürgerrechte & Polizei/CILIP 2021).

4 Zentralitäten: untersuchen und schaffen!

In beiden zum Zweck der Illustration angeführten Bereichen erleben wir in den letzten Jahren in Deutschland und anderswo intensive soziale Bewegungen, die in Kooperation mit Gewerkschaften, Parteien und anderen (auch wissenschaftlichen) Institutionen *de facto* für ein Recht auf Stadt im Sinne Lefebvres eintreten, häufig auch unter Bezug auf ebendieses (vgl. Gebhardt und Holm 2011; Holm 2014b). Ihnen stehen mächtige, in die Staatsapparate und deren Institutionen eingeschriebene Interessen (des Immobilienkapitals, der Polizei) gegenüber. Diese müssen sie auch und gerade auf dem Terrain des Staates und des Rechts konfrontieren. Dabei ist Lefebvres hier vorgestellter Vorschlag für die Analyse ebenso wie für die Strategieentwicklung nur in Ansätzen hilfreich, dafür bedarf es Rückgriffe auf die weiter oben *en passant* aufgerufene materialistische Staatstheorie. Was Lefebvres Beitrag aber leisten kann, ist zur Erklärung und zur Herbeiführung der Voraussetzungen der Entstehung solcher Bewegungen die Produktion des (städtischen) Raums grundlegend mit der immer notwendigen Gesellschaftsanalyse zu verbinden. Zentral gehtes darum, Zentralität zu ermöglichen, also Begegnungen und das Aufeinanderprallen von Differenzen, auf dass daraus etwas Neues, hoffentlich Besseres entstehen kann. Zentralität kann als Raumform begriffen werden, als Art und Weise, Raum zu organisieren und in sozialen Praxen und Prozessen zu nutzen, die, wie alle Raumformen, unterschiedlichen Zwecken dienen kann. Während die Konzentration von Macht und Reichtum in den Zentren der Städte oder des globalen Kapitalismus Teil sowie Ausdruck und Treiber des Problems ist, kann eine Zentralität, die das Aufeinandertreffen von Differenz ermöglicht, Teil der Lösung sein.

Literatur

- Althusser, L. 1968 [1965]. *Für Marx*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
Anderson, P. 1978 [1976]. *Über den westlichen Marxismus*. Frankfurt a. M.: Syndikat.
Attoh, K. 2011. What kind of right is the right to the city? *Progress in Human Geography*, 35, S. 669-685.

- Belina, B. 2021. Urbanisierung und Soziale Frage. In J. Brandstetter, K. Bronner, S. Königter, A. Laib, A. Pohl & S. Stiehler (Hrsg.), *Soziale Frage(n) der Zukunft* (S. 111-131). Berlin: Frank & Timme.
- Belina, B. 2020. Social forms, spatial forms, and the New Right. *Political Geography*, 81: 102091. <https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2019.102091>
- Belina, B. 2019. Form analysis, space and spatial struggle. In M. L. Silver (Hrsg.), *Confronting Capital in the 21st Century: Lessons from Marx's Capital* (S. 69-89). Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Belina, B. 2018. Wenn Geldkapital eine sichere Bank sucht. Theorie und die politökonomischen Grundlagen der aktuellen Wohnungsfrage in Deutschland. *PROKLA*, 48, S. 187-203.
- Belina, B. 2016. Der Alltag der Anderen: Racial Profiling in Deutschland? In B. Dollinger & H. Schmidt-Semisch (Hrsg.), *Sicherer Alltag? Politiken und Mechanismen der Sicherheitskonstruktion im Alltag* (S. 125-146). Wiesbaden: Springer.
- Belina, B. 2013a. Staat und Raum im Anschluss an Marx. Positionen in Radical Geography und Materialistischer Staatstheorie. In B. Belina (Hg.), *Staat und Raum* (S. 161–185). Stuttgart: Steiner.
- Belina, B. 2013b. Raum. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Belina, B. und Michel, B. 2007. Raumproduktionen. In Belina, B. & Michel, B. (Hrsg.), *Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography: eine Zwischenbilanz* (S. 7–34). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bürgerrechte & Polizei/CILIP. 2021. Themenheft „Lieber ohne Polizei?“. *Bürgerrechte & Polizei/CILIP*, H. 125.
- Christaller, W. 1933. *Die zentralen Orte in Süddeutschland. Eine ökonomisch-geographische Untersuchung über die Gesetzmäßigkeit der Verbreitung und Entwicklungen der Siedlungen mit städtischen Funktionen*. Jena: Gustav Fischer.
- Diesselhorst, J. 2018. Wenn stadtpolitische Bewegungen das Terrain des Staats betreten. Zwischen Berliner Mietenvolksentscheid und „Wohnraumversorgungsgesetz“. *PROKLA*, 48, S. 265-282.
- Difu & vhw (Deutsches Institut für Urbanistik & Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung). 2017. *Bodenpolitische Agenda 2020–2030. Warum wir für eine nachhaltige und sozial gerechte Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik eine andere Bodenpolitik brauchen*. Berlin: Difu/vhw.
- Engels, F. 1976 [1845]. Die Lage der arbeitenden Klasse in England. In *Marx-Engels-Werke*. Bd. 2 (S. 225–506). Berlin: Dietz.
- Gebhardt, D. & Holm, A. (Hrsg.). 2011. *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen*. Hamburg: VSA.
- Harvey, D. 2012. *Rebel Cities. From the Right to the City to the Urban Revolution*. London: Verso.
- Harvey, D. 2005 [2003]. *Der Neue Imperialismus*. Hamburg: VSA.
- Harvey, D. 1982. *The Limits to Capital*. London: Blackwell.
- Heinz, W. & Belina, B. 2019. *Die kommunale Bodenfrage. Hintergrund und Lösungsstrategien*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Hirsch, J. 2005. *Materialistische Staatstheorie*. Hamburg: VSA.
- Holm, A. 2014a. *Mietenvahnsinn. Warum Wohnen immer teurer wird und wer davon profitiert*. München: Knaur.